

EWN

Entsorgungswerk für
Nuklearanlagen



Pressespiegel

08.06.2023

Inhalt

EWN

1 LNG auf Rügen: DUH fordert Gascade-Stopp <i>Ostsee-Zeitung.de, 06.06.2023</i>	3
2 Sassnitzer Bürgermeister: Ganz Rügen soll über LNG abstimmen <i>Ostsee-Zeitung.de, 07.06.2023</i>	4
3 AKW Grafenrheinfeld: Was der Rückbau den Mitarbeitenden bedeutet <i>br.de, 07.06.2023</i>	6

 Ostsee-Zeitung.de | 06.06.2023 Martina Rathke WEBLINK

VERMESSUNGEN IN MUKRAN

LNG auf Rügen: DUH fordert Gascade-Stopp

Stralsund/Mukran

Der Pipelinebauer Gascade hat mit Vermessungsarbeiten begonnen. Diese seien notwendig, um qualifizierte Genehmigungsanträge für den Pipelinebau stellen zu können. Die DUH wirft dem Unternehmen vor, voreilig Tatsachen schaffen zu wollen.

Die Deutsche Umwelthilfe fordert einen Stopp der vorbereitenden Pipelinearbeiten für das geplante LNG-Terminal in Mukran auf der Insel Rügen. Es seien weiterhin zu viele Fragen und Widersprüche offen. So gebe es bisher weder eine Einigung beim Standort Mukran, noch eine Rechtsgrundlage für die beschleunigte Planung, sagte DUH-Geschäftsführer Sascha Müller-Kraenner.

Der Gasnetzbetreiber und Pipelinebauer Gascade hat am vergangenen Freitag mit Vermessungsarbeiten für die etwa 50 Kilometer lange Pipeline begonnen, die von Mukran durch den Greifswalder Bodden nach Lubmin führen soll. Laut dem Schiffsortungsdienst Marine Traffic waren die beiden für diese Arbeiten gecharterten Schiffe am Montag auf der geplanten Pipeline-Strecke unterwegs. Nach Angaben von Gascade sind die Untersuchungen notwendig, um qualifizierte Genehmigungsanträge stellen zu können. Die dafür erforderliche Genehmigung hatte die Wasserstraßen- und Schifffahrtsbehörde erteilt.

LNG auf Rügen: DUH fordert Gascade-Stopp

Die DUH wirft Gascade vor, voreilig Tatsachen schaffen zu wollen. Beim Bergamt Stralsund als zuständige Genehmigungsbehörde will der Verband eine Aussetzung des Genehmigungsverfahrens bewirken. „So lange noch nicht einmal der Standort Mukran genehmigt ist, dürfen keine Bauarbeiten und auch keine vorbereitenden Arbeiten für die Anschluss-Pipeline stattfinden“, sagte Müller-Kraenner. „Wir fordern das Bergamt Stralsund auf, das Verfahren auszusetzen und die geplanten Arbeiten von Gascade zu untersagen.“

Für den eigentlichen Pipelinebau will Gascade bis Ende Juni die Anträge einreichen. Die in der vergangenen Woche angekündigten Voruntersuchungen dienen dazu, den genauen Trassenverlauf zu ermitteln. Dabei gehe es auch darum, auf welchen Streckenabschnitten die Pipeline in den Meeresboden eingegraben werden soll. Im LNG-Beschleunigungsgesetz ist Mukran als Standort noch nicht aufgeführt. Bisher gibt es lediglich eine Entscheidung des Bundeskabinetts.

DIREKTE DEMOKRATIE

Sassnitzer Bürgermeister: Ganz Rügen soll über LNG abstimmen

Rostock

Auf Rügen sollen Gemeinden über LNG-Terminals abstimmen, in Greifswald und Upahl werden die Einwohner zu Wohncontainern für Flüchtlinge befragt: Volksabstimmungen sind in MV gerade so beliebt wie nie. Erfolge bei den Entscheidungen sind bisher die Ausnahme gewesen.

Das Volk in Mecklenburg-Vorpommern will immer öfter mitentscheiden: Auf Rügen wollen mehrere Initiativen per Unterschriftensammlung den Bau eines LNG-Terminals stoppen. In Upahl (Nordwestmecklenburg) und Greifswald stimmen Einwohner ab, ob Flüchtlinge in Containern untergebracht werden sollen. Die Zahl der Bürgerbegehren und Bürgerentscheide hat in MV stark zugenommen.

Für den Politologen Wolfgang Muno von der Uni Rostock sind die vielen Abstimmungen ein klares Indiz für Politikverdrossenheit. „Die hohe Anzahl zeigt, dass viele Bürger mit den Entscheidungen von Politik und Behörden unzufrieden sind.“ Direkte Demokratie könne eine Chance sein, die Enttäuschten wieder an Bord zu holen.

Bürgerentscheid in Sellin: „Viel Zeit und Energie nötig“

„Man muss viel Energie investieren“, sagt Andrea Kähler von der Bürgervereinigung „Zukunft Sellin“, die den Entscheid im Rügener Seebad organisiert. Ein Scheitern sei durchaus möglich, räumt die Rechtsanwältin ein. Es bestehe die Gefahr, dass der Entscheid für unzulässig erklärt werde, weil nicht die Kommune, sondern der Bund für LNG als zuständig erklärt werde. Abgestimmt werden darf laut Kommunalverfassung aber nur über Angelegenheiten der Gemeinde. Die Aktion sei auf jeden Fall richtig, um „das Thema warm zu halten“, erklärt Andrea Kähler.

Bürgerbeteiligung findet in zwei Stufen statt. Zuerst müssen die Initiatoren die Unterschriften von mindestens zehn Prozent der Wahlberechtigten der jeweiligen Stadt oder Gemeinde einsammeln. Im zweiten Schritt wird über eine konkrete Frage abgestimmt. Der Bürgerentscheid gilt als angenommen, wenn 25 Prozent der Wahlberechtigten für die Absicht des Ent-

scheids stimmen. Beispiele für erfolgreiche Bürgerentscheide: 2019 stimmte Garz auf Rügen für den Erhalt eines Campingplatzes. Waren (Müritz) entschied sich 2013 gegen eine Ortsumgehung, Ahlbeck 2004 gegen den Bau eines Hafens.

Sassnitzer Bürgermeister: Ganz Rügen soll über LNG abstimmen

Norbert Dahms, der in Sassnitz Unterschriften für ein Bürgerbegehren sammelt, sieht das anders: In Sassnitz sei LNG auf jeden Fall Gemeinde-Sache, weil das Terminal im Hafen gebaut werden solle, der mehrheitlich der Stadt gehöre.

Karsten Schneider, Bürgermeister in Binz, strebt einen „Entscheid in allen Gemeinden der Insel Rügen“ zu LNG an. Voraussichtlich im September solle das geschehen, an der genauen Fragestellung werde noch gearbeitet.

Jeder vierte Wahlberechtigte muss zustimmen

Der Verein „Mehr Demokratie MV“ sammelt Daten zu allen Bürgerbegehren und -entscheiden in einer Datenbank. Ein Großteil der Beteiligungsprojekte fällt demnach durch, weil die Kommunalaufsicht die Abstimmung mangels Zuständigkeit der Gemeinde für unzulässig einstuft oder die nötige Stimmenanzahl nicht erreicht wird. Bei einem Bürgerentscheid muss ein Viertel der Wahlberechtigten zustimmen.

„Das ist eine hohe Hürde“, sagt Politikforscher Muno. Außerdem seien ältere Personen mit hohem Einkommen bei den Teilnehmern überrepräsentiert, während Jüngere und Ärmere fehlten. Ist ein Entscheid allerdings erfolgreich, muss die Gemeinde ihn anschließend umsetzen, betont der Professor.

32 erfolgreiche Bürgerbegehren in MV

Laut „Mehr Demokratie“ führten bisher von 167 abgeschlossenen Bürgerbegehren in MV nur 32 zu einem Bürgerentscheid mit positivem Ergebnis. Immerhin: In 19 weiteren Fällen fassten die Gemeinden demnach einen neuen Beschluss, der das Anliegen aufgreift. Acht Verfahren laufen demnach zurzeit noch.

Neben Flüchtlingen und LNG geht es auch um andere Dinge: In Loitz soll ein Boltzplatz erhalten und in Schwerin der Nahverkehr kostenlos werden. Ein Sprecher des Vereins sagte der OZ, die Datenbank bilde ungefähr „99 Prozent“ aller Bürgerbegehren in MV ab.

Der Verein setzt sich für geringere Hürden bei den Abstimmungen ein. Hinzu kommt laut Professor Munno: Bei komplizierteren Dingen kämen die Verfahren schnell an ihre Grenzen. Greifswald stimmt am 18. Juni über Container für Geflüchtete auf städtischen Flächen ab. Bei einem Erfolg der Initiatoren könnte der zuständige Landkreis weiterhin private Grundstücke für die Container anmieten – was den Antragsstellern auch nicht gefallen dürfte. In einer weiteren, angekündigten Begehren wollen die Initiatoren verhindern, dass Sporthallen in Greifswald für Unterkünfte verwendet werden.



br.de | 07.06.2023

Norbert Steiche

WEBLINK

AKW Grafenrheinfeld: Was der Rückbau den Mitarbeitenden bedeutet

Seit fast acht Jahren produziert das Kernkraftwerk Grafenrheinfeld keinen Strom mehr. Stattdessen arbeiten 175 Leute am Rückbau - obwohl das teils sehr emotional für sie ist. Auch, weil viele von ihnen nach wie vor von der Technik überzeugt sind.

Die Warte im Kontrollbereich des Kernkraftwerks Grafenrheinfeld ist weiterhin besetzt. 24 Stunden am Tag, 365 Tage im Jahr. Auch wenn das Atomkraftwerk seit dem 27.6.2015 keinen Strom mehr erzeugt: Die PreussenElektra-Mitarbeiter überwachen hier die letzten aktiven Systeme.

Abriss einer Anlage, von der man überzeugt ist

Die Feuerlöschsysteme, die Ver- und Entsorgungssysteme, die Lüftungsanlage – alles muss weiter überwacht werden. Für den Rückbau zuständig ist Stefan Krieger. Er arbeitete bereits vor 25 Jahren in der Warte des KKW. Als Schichtführer. Jetzt muss er dem Atomkraftwerk das Herz "herausreißen": "Wir werden jetzt als nächstes Großgewerk den Reaktordruckbehälter, also das Gefäß selber, ziehen und zerlegen", so Krieger. Dieser sei so etwas wie das Herz der Anlage.

Über vier Jahre lang hat Krieger gelernt, wie man das KKW steuert. Unter anderem in einem baugleichen Simulator, wie ein Pilot. Seit ein paar Jahren ist der 54-jährige Elektroingenieur nun für den Rückbau des Kernkraftwerks verantwortlich - für den Abriss einer Anlage, von dessen Technik er bis heute überzeugt ist: "Das ist schon nochmal etwas, wo man am Abend darüber nachdenkt und sagt: Was macht man hier eigentlich?"

Akribische KKW-Abbaupläne

Nach dem Reaktorunglück von Fukushima am 11. März 2011 hatte die Bundesregierung den Ausstieg aus der Atomkraft beschlossen. Schon kurz nach der Entscheidung startete Krieger nüchtern mit den ersten Planungen für die Demontage der einzelnen Komponenten. Er beschäftigte sich geistig also schon rund vier Jahre vor der endgültigen Abschaltung mit dem Ende der Stromerzeugung durch Kernkraft in Grafenrheinfeld: "Insoweit war für mich dieser Wechsel nicht

so krass, wie er vielleicht für manch andere Kollegen war", sagt er.

Mitarbeiterzahl nach und nach reduziert

310 Leute arbeiteten einst im Kernkraftwerk - als es noch lief. Aktuell sind es noch 175. BR24 begleitet Krieger und seine Kollegin Evamaria König in das Reaktorgebäude. Wir passieren mehrere Schleusen und müssen uns komplett umziehen. Mit extra Unterwäsche und einem orangenen Arbeitsanzug geht es mit Dosimeter (Messgerät zur Messung der Strahlendosis, Anmerkung der Redaktion) und Schutzhelm auf dem Kopf in die Anlage.

König kam als frischgebackene Maschinenbauingenieurin ins Kernkraftwerk. Auch sie arbeitete als Schichtführerin auf der Warte im Kontrollbereich. Hier im Reaktorgebäude ist es laut. Einzelne Systeme werden demontiert und zersägt. Kein leichter Anblick für die 38-Jährige. Jeder habe so sein Lieblingssystem und je nachdem, welches System demontiert werde, sei man mit einem weinenden Auge dabei, sagt sie. "Aber andererseits gibt es jetzt die Möglichkeit in Anlagenteile vorzurücken, wo ich vorher noch nie war", so König.

Liebe zur Technik, die nicht rostet

Dort wo einst die gebrauchten und damit abgebrannten Brennelemente im Nasslager unter Wasser ein wenig ihrer Radioaktivität verloren und abkühlten, werden jetzt Einbauten demontiert. Nach jedem Schritt wird mit Sonden überprüft, ob noch nukleare Partikel anhaften. Ist das der Fall, wird das Bauteil mit einem Hochdruckreiniger noch einmal unter Wasser "abgewaschen".

Wir schauen von einer Galerie von oben zu und sehen, wie auch an anderer Stelle Arbeiter andere Kom-

ponenten demontieren: "Zu Beginn war es natürlich schon schwierig. Und die Abschaltung war für uns auch ein sehr emotionaler Moment", erzählt König. Aber nach fünf Jahren Rückbau sei es gerade für die jüngeren Kolleginnen und Kollegen an der Zeit, sich zu verändern, anderen Aufgaben nachzugehen", sagt sie.

Zukunft heißt: Neuer Job

König arbeitet jetzt als technische Referentin für den Kraftwerksleiter und macht die Pressearbeit. Ist das Kernkraftwerk wie geplant in etwa zehn Jahren verschwunden, muss sie sich einen neuen Job suchen. Aber sie ist sich sicher, schnell wieder etwas zu finden: "Mit meinem Ingenieursstudium, mit meiner Aus-

bildung, mit den Tätigkeiten, die ich hier mache, habe ich ein großes Fundament, auf das ich auch außerhalb der Branche setzen kann", sagt sie.

Ziel: Grüne Wiese neben "Atommüll-Zwischenlager"

Die beiden weithin sichtbaren, jeweils 143 Meter hohen Kühltürme sollen schon in einem Jahr gesprengt werden. Und auch wenn das KKW in rund zehn Jahren nicht mehr da ist: Der Atommüll nach 33 Jahren Laufzeit bleibt – verstaut in 54 Castoren im Atommüll-Zwischenlager für hochradioaktive Abfälle. Vermutlich über Jahrzehnte, denn bislang gibt es weltweit kein Atommüll-Endlager.